

Welt Trends

Das außenpolitische Journal

Zentralasien – 25 Jahre Unabhängigkeit

Im Spannungsfeld der Geopolitik
Herausforderung Unabhängigkeit
Islamismus in Tadschikistan?

WeltBlick

Japan – Allianz vs. Unabhängigkeit
UN-Versagen in Westsahara

Zwischenruf

Gregor Gysi: Für einen EU-Neustart

Analyse

Obamas Außenpolitik

Kommentar

Zum Ausgang der Duma-Wahlen

ISSN 0944-8101 | 4,80 €
ISBN 978-3-945878-33-0



4

WeltBlick

- 4 Japan: Zwischen Allianz und Eigenständigkeit
Simon Schwenke
- 9 Der Konflikt in der Westsahara
Mohamed El Mamun Ahmed Brahim
- 14 Gewalt im bolivianischen Bergbausektor
Janine Romero



18

Briefe aus ...

Teheran und Bogotá



22

Zwischenruf: Für einen Neustart der EU!

Gregor Gysi

24

Thema: Zentralasien – 25 Jahre Unabhängigkeit

- 26 Im Spannungsfeld der Geopolitik
Bulat Sultanov
- 32 Herausforderungen der Unabhängigkeit
Arne C. Seifert
- 38 Kooperation versus Isolation
Wladimir W. Paramonov und Alexej W. Stokov
- 45 Islamistische Radikalisierung in Tadschikistan?
Rebekah Tromble
- 51 Die Staaten Zentralasiens in Zahlen
Anne Klinnert



Historie: Große Reformen im Zarenreich

52

Yann Wernert



Analyse: US-Außenpolitik unter Obama

56

Klaus Larres

Impressum

63



VIP: Berta Cáceres, honduranische Aktivistin

64

Angela Unkrüer

Bücherschau

68



Kommentar: Uneiniges Russland

70

Kerstin Kaiser

Wort und Strich

72

Für einen Neustart der EU!

Gregor Gysi

Die EU steht heute vor vielen Problemen – ob Flüchtlings-, Finanz- und Eurokrise oder Rechtspopulismus und Brexit. Dank Computer und Handy wissen jetzt die Menschen in Afrika und Nahost, wie wir in Europa leben. Leider ist hier aber das Verständnis für ihre Sorgen und Nöte oft gering. Von Rechtskräften geforderte Mauern werden diese Menschen nicht abhalten, zu uns zu kommen. Die einzige Lösung ist vielmehr die schnelle und konsequente Beseitigung der Fluchtursachen. Der Brexit steht symptomatisch für das tiefe Misstrauen großer Teile der Bevölkerung gegenüber der EU, ganz abgesehen davon, dass viele Briten noch immer nicht so recht begriffen haben: Großbritannien ist keine Weltmacht mehr.

Die von Deutschland initiierte strenge Austeritätspolitik hat die EU-Krise verschärft – Renten- und Sozialleistungen wurden gekürzt, die Binnenwirtschaft geschwächt. Wer uns die Finanzkrise als „Staatschuldenkrise“ verkaufen will, liegt falsch. Die Banken haben die Gelder verzockt, anstatt sie in Produktion und Dienstleistungen zu investieren. Ein falscher Weg ist auch, die Union als Wettbewerbsgemeinschaft zu führen. Nur ein Beispiel: Wohin würde im föderalen Deutschland der Wettbewerb zwischen Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern führen? Solche Konzepte können auch in der EU nur als Brandbeschleuniger dienen.

Trotz aller Krisen und Probleme wäre es gefährlich, die Europäische Gemeinschaft zerstören zu wollen. Erforderlich ist ein Neustart. Wir leben nun mal nicht mehr in den Nationalstaaten von früher. Inzwischen ist auch eine Jugend herangewachsen, die international denkt und lebt. Zudem, der Rückfall auf die alte Ebene der Nationalstaaten würde auch bedeuten, dass Europa gewaltig an Einfluss verliert, in der Welt keine Vermittlerrolle spielen könnte. Nicht unterschätzt werden darf auch: Die Union bewirkte, dass es keinen Krieg zwischen ihren Mitgliedern gab, zwischen Staaten, deren Geschichte so viele blutige Schlachten kennt. Allein diese Tatsache ist ein ausreichender Grund, die Struktur aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig sind wir aber gegen aktuelle Versuche, die EU militärischer zu gestalten.

Ein Neustart heißt auch nicht, dass man sich Illusionen über die neo-liberale Verfasstheit der Organisation machen darf. Nötig ist ein

Politikwechsel in Deutschland, der auch positive Auswirkungen auf die anderen Mitgliedstaaten hätte. Die Verträge müssen im Interesse einer sozialen, demokratischen, ökologisch nachhaltigen und transparenten EU geändert werden. Nun zeichnet sich aber die Gefahr eines Scheiterns der Union ab, die Rechtspopulisten machen nun mal das, was sie ankündigen – im Unterschied zu den Linken! Man stelle sich vor, eine Präsidentin Marine Le Pen würde einen EU-Austritt Frankreichs bewirken – das wäre das Ende, ohne Frankreich wäre die Union mausetot!

Die Einführung des Euro war von Anfang an falsch. Bundeskanzler Kohl aber pochte auf den Primat der Politik. Nun sehen wir die zweifelhaften Resultate: Deutschland erzielt riesige Exportüberschüsse, schwächere Eurostaaten verfügen jedoch nicht mehr über das Mittel der Währungsabwertung, um wirtschaftlich mitzuhalten. Man kann Europa nun mal nicht über die Währung einigen, wenn die Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Eine Gemeinschaftswährung kann erst am Ende des Prozesses stehen. Aber auch hier wäre es leichtfertig, jetzt ein Zurück zu fordern. Wichtig wäre, den deutschen Binnenmarkt durch höhere Löhne und Sozialleistungen zu stärken und die Exportüberschüsse abzubauen. Wir wollen eine weltoffene Gemeinschaft, die Hunger, Not und Elend weltweit bekämpft, die nicht durch billige Nahrungsmittelexporte die Probleme Afrikas verschärft oder deren Chemiekonzerne Saatgut zum Schaden der Bauern manipulieren. Es geht um eine sozial gerechtere, ökologisch nachhaltigere, demokratischere und transparentere Europäische Union! 🌐

Dr. Gregor Gysi

geb. 1948, Jurist, MdB, 2005–2015 Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion im Bundestag; 1990–2000 Vorsitzender der PDS-Bundestagsgruppe bzw. -fraktion; 1989–1993 Vorsitzender der PDS

gregor.gysi@bundestag.de

